



# Gefahr islamistischer Terroranschläge wird Polizei und Verfassungsschutz noch lange herausfordern

**Die beiden islamistischen Terroranschläge des vergangenen Jahres in Paris, erst im Januar auf das Satiremagazin Charlie Hebdo, dann Mitte November auf mehrere Treffpunkte mitten in der Pariser Innenstadt mit zusammen fast 150 Toten, hat auch in NRW die Sicherheitslage nochmals verschärft. Denn auch in NRW gibt es eine wachsende Szene gewaltbereiter Salafisten, denen Polizei und Verfassungsschutz einen ähnlich schweren Anschlag wie in Paris zutrauen.**

Auch wenn Innenminister Ralf Jäger (SPD) immer wieder betont, dass es bislang keinen Hinweis für einen unmittelbar bevorstehenden Terroranschlag in NRW gibt, sind Polizei und Verfassungsschutz in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt. Experten gehen sogar davon aus, dass die erhöhte Terrorgefahr trotz des bereits unmittelbar nach den Pariser Anschlägen veränderten Sicherheitskonzeptes in NRW noch mehrere Jahre fortbestehen wird.

Wie groß die Gefahr salafistischer Terroranschläge in NRW konkret ist, lässt sich seriös bislang nicht abschätzen. Zwar hatte Innenminister Jäger bereits unmittelbar nach dem Terroranschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar vergangenen Jahres davon gesprochen, dass es auch in NRW ein „erhöhtes Grundrauschen“ unter den vom Staatsschutz und vom Verfassungsschutz beobachteten salafistischen Gruppierungen gibt, aber für einen konkreten Tatverdacht, der zur Verhaftung einzelner Terrorverdächtiger führen könnte, haben die bislang vorliegenden Beweise nicht ge-

reicht. Trotz mehrerer Großeinsätze gegen Terrorverdächtige in NRW.

Gegenüber dem Parlamentarischen Kontrollgremium des Landtags hatte Jäger bereits im Januar des letzten Jahres darauf hingewie-

ne. Für eine lückenlose Rund-um-die-Uhr-Überwachung sind pro Gefährder mindestens 25 Polizisten und Verfassungsschützer erforderlich. Angesichts der großen Zahl der potenziell Terrorverdächtigen sto-

ßen die Sicherheitsdienste deshalb schnell an ihre Grenzen. In der Praxis führt das dazu, dass nur ein Teil der Gefährder lückenlos überwacht wird. Als weniger relevant eingestufte Gefährder werden nur sporadisch überwacht, zum Beispiel indem der Staatsschutz regelmäßig überprüft, ob sich die Gefährder tatsächlich an den von



Foto: picture alliance/dpa

sen, dass es alleine in NRW 300 sogenannte Gefährder gibt. Zu den Gefährdern zählen Polizei und Verfassungsschutz radikale Islamisten, denen sie grundsätzlich die Beteiligung an einem Terroranschlag zutrauen. Um einen Anschlag zu verhindern, müsste die Gruppe der Gefährder eigentlich rund um die Uhr überwacht werden – einschließlich der Überwachung der Telefon- und Internetkontakte, der Reisetätigkeit und der Kontakte zu anderen Mitgliedern der islamistischen Sze-

ne. ihnen gemeldeten Adressen aufhalten, mit wem sie in Kontakt stehen und ob es bei ihnen Anzeichen für eine weitere Radikalisierung gibt. Damit kein potenzieller Attentäter unentdeckt bleibt, wird die Einstufung der potenziellen Gefährder regelmäßig aktualisiert, die Überwachungsmaßnahmen werden entsprechend angepasst.

Um dafür mehr Polizisten zur Verfügung zu haben, hat die rot-grüne

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

Landesregierung bereits im Januar 2015 beschlossen, in den kommenden drei Jahren insgesamt 360 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten und 25 Verfassungsschützer einzustellen. Im Haushalt für 2016 sind erneut 25 zusätzliche Stellen beim

Verfassungsschutz vorgesehen. Eingesetzt werden die zusätzlichen Polizisten vor allem an den Orten, in denen es eine besonders aktive salafistische Szene gibt, in Bonn, Aachen, Wuppertal, Düsseldorf und im Ruhrgebiet. Besetzt wurden die Stellen aber zunächst zulasten anderer Arbeitsbereiche bei der Poli-

zei, denn die zusätzlichen Polizisten müssen erst ausgebildet werden.

Nach dem zweiten Terroranschlag von Paris hat sich die Sicherheitslage in NRW erneut verschärft. Innenminister Jäger geht davon aus, dass alleine aus NRW bisher 200 gewaltbereite Salafisten in die Kriegsgebiete in Syrien und im Irak ausgehört sind. 50 sind bereits wieder nach NRW zurückgekehrt. Ein Teil von ihnen ist durch die Kriegsgreuel des IS traumatisiert und desillusioniert, andere sind radikalisiert worden. Von ihnen geht die größte Gefahr aus. Wie viele auch einen Terroranschlag verüben würden, lässt sich trotzdem nur schwer abschätzen. Allerdings ist NRW ein Schwerpunkt gewaltbereiter islamistischer Gruppen. Das WDR-Politikmagazin Westpol berichtete Ende November, dass von den 427 bundesweit vom Verfassungsschutz und von der Polizei als Gefährder eingestuften Islamisten 220 aus NRW kommen. Auch wenn das Innenministerium diese Zahl umgehend relativierte, ist das ein Alarmsignal.

In mehreren Pressemitteilungen hat die GdP deshalb bereits Ende vergangenen Jahres wiederholt darauf gedrungen, dass die von der Landesregierung angekündigte Verstärkung der Polizei schneller wirksam wird, denn das erste Drittel der zusätzlich eingestellten 360 Polizistinnen und Polizisten steht erst im September 2018 zur Verfügung. Bis dahin müssen sie erst ausgebildet werden. Um diese Lücke zu schließen, fordert die GdP, dass Polizisten nicht mehr gezwungen werden, ausgerechnet in der jetzigen Situation Überstunden abzubauen, die bereits vor vielen Jahren entstanden sind. Der entsprechende Erlass muss umgehend aufgehoben werden. Zudem fordert die GdP die Einstellung von 150 zusätzlichen Tarifbeschäftigten. Sie könnten die Polizisten entlasten.

Weil die IS-Terroristen bei ihren Anschlägen Langwaffen mit hoher Durchschlagskraft benutzen, fordert die GdP zudem, dass die Polizei mit verstärkten Schutzwesten ausgestattet wird. Nicht als Mannausstattung für jeden Beamten, sondern als Einsatzmittel, das kurzfristig vor Ort zur Verfügung steht.

## Mit polizeilichen Mitteln alleine ist die Terrorgefahr nicht zu stoppen



Die Bedrohung durch islamistische Terrorgruppen ist nicht über Nacht über uns hereingebrochen, sondern sie ist das Ergebnis einer ganzen Reihe politischer Fehlentwicklungen. Von einer falschen Nahostpolitik bis hin zu einer über Jahrzehnte vernachlässigten Integrationspolitik. Deshalb kann die Polizei zwar viel dazu beitragen, einen ebenso schweren Terroranschlag wie in Paris zu verhindern, aber sie hat nur wenige Instrumente zur Verfügung, die ein Abgleiten junger Menschen in eine menschenverachtende Ideologie verhindern können. Mit dem bereits 2014 gestarteten Projekt Wegweiser leistet der Verfassungsschutz zwar einen Beitrag dazu, dass junge Menschen nicht in den gewaltberei-

ten Salafismus abrutschen, aber dessen Mittel sind begrenzt. Gefordert sind deshalb in erster Linie ganz andere Instrumente: Eine Bildungspolitik, die niemanden zurücklässt. Eine Arbeitsmarktpolitik, die auch weniger Qualifizierten eine Chance auf einen Arbeitsplatz eröffnet. Und eine Außenpolitik, die mit den menschenverachtenden Diktaturen in der östlichen Nahostregion bricht, damit die dort aufwachsenden Menschen eine Zukunftschance haben.

Nicht einmal drei Wochen hat es nach dem verheerenden Terroranschlag von Paris gedauert, bis der Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen hat, Frankreich auch mit militärischen Mitteln beim Kampf gegen den IS zu unterstützen. Ein Konzept, wie der in Syrien tobende Konflikt nach den Luftschlägen gelöst werden soll, war mit dieser Entscheidung nicht verbunden. Es liegt bislang nicht einmal in Ansätzen vor. Die Sicherheitslage in Deutschland wird dadurch nicht einfacher.

Es ist nicht Aufgabe der Polizei, eine fehlende Außenpolitik zu ersetzen. Aber genauso wenig kann sie deren Defizite ausgleichen. Deshalb ist es gut, dass Vizekanzler Sigmar Gabriel Anfang Dezember öffentlich davor gewarnt hat, dass andere Länder weiter den religiösen Extremismus unterstützen, und dass er ausdrücklich Saudi-Arabien genannt hat. Das ist ein Tabubruch. Aber es lenkt den Blick darauf, dass der IS und seine terroristischen Helfershelfer von anderen Ländern finanziell und ideologisch unterstützt werden. Würde sich das ändern, würde auch die Terrorgefahr bei uns schnell nachlassen.

**Arnold Plickert,**  
Landesvorsitzender



## Interessen der Direktion ZA stärker in den Blick nehmen

**Wir sind eine Polizei – deshalb will die GdP die Probleme und Anforderungen der Direktion ZA genauer in den Blick nehmen, denn auch polizeiintern fristet die Direktion ZA eher ein Schattendasein. Zu Unrecht, wie die GdP kritisiert. Denn die massive Unterbesetzung in vielen Verwaltungsbereichen der Polizei wächst sich inzwischen zu einem Problem der gesamten Polizei aus.**

„Der Bedarf an zusätzlichem Fachpersonal in der Direktion ZA ist offensichtlich. Auch das Innenministerium bestreitet ihn nicht“, betont GdP-Vorstandsmitglied Jutta Jakobs, die neben den Tarifbeschäftigten auch für die Verwaltungsbeamten zuständig ist. „Trotzdem hat sich die Situation im Verwaltungsbereich in den letzten Jahren sogar noch weiter verschlechtert.“ Verantwortlich dafür sind zwei Entwicklungen: Zum einen gibt es auch in anderen Behörden in NRW einen wachsenden Bedarf an Verwaltungsbeamten. Weil es für die Verwaltungsbeamten

innerhalb der Polizei wenig Aufstiegschancen gibt, wechseln regelmäßig Kolleginnen und Kollegen, die eigentlich dringend in der Direktion ZA benötigt werden, zu anderen Landesbehörden oder in die Kommunalverwaltung ab, wo sie bessere Konditionen vorfinden. Die dadurch frei werdenden Stellen bei der Polizei können anschließend wegen des allgemeinen Mangels an ausgebildeten Verwaltungsbeamten regelmäßig nicht nachbesetzt werden. Zum anderen wechseln in der letzten Zeit auch frisch ausgebildete Verwaltungsbeamte verstärkt zu einer an-

deren Polizeibehörde. Weil die dadurch frei werdenden Stellen nur kapitelintern nachbesetzt werden können, lässt sich auch hierfür oft kein geeigneter Nachersatz finden.

Die GdP fordert deshalb die Anpassung der Beförderungsmöglichkeiten in der Polizeiverwaltung an die Konditionen in den anderen Verwaltungen des Landes. Damit die Polizei über genug gut ausgebildetes, qualifiziertes Fachpersonal verfügt, müsste zudem die Zuweisung von Verwaltungsbeamten für den Polizeibereich erhöht werden. Außerdem müsste der Stellenanteil und die Zuweisung des Personalausgabenbudgets an die tatsächlichen Erfordernisse der Polizeiverwaltung angepasst werden. Das gilt auch für die Fortbildung und Qualifizierung der Verwaltungsbeamten und der Tarifbeschäftigten im Verwaltungsbereich.

## Einigungsstelle kippt Kennzeichnungspflicht

In NRW wird es keine individuelle, anonymisierte Kennzeichnung jedes einzelnen Angehörigen der Einsatzhundertschaften der Polizei geben. Das hat Ende November die vom Hauptpersonalrat der Polizei angerufene Einigungsstelle des Innenministeriums entschieden. Die Einigungsstelle folgt damit der Argumentation der GdP, die in den vergangenen Jahren immer wieder darauf hingewiesen hat, dass es in NRW keinen Fall gegeben hat, in dem einem Angehörigen einer Hundertschaft ein Fehlverhalten vorgeworfen worden ist, ohne dass der beschuldigte Polizist ermittelt werden konnte. Auch ohne eine individuelle Kennzeichnung tragen die Mitglieder der 18 Einsatzhundertschaften in NRW schon heute eine taktische Kennzeichnung auf ihrem Rücken, die optisch erkennen lässt, zu welcher Hundertschaft, zu welchem Zug und zu welcher Gruppe der einzelne Beamte gehört und ob er dort eine besondere Funktion innehat (Besi, Rettungssanitäter etc.).

„Dass Innenminister Jäger trotzdem noch weitergehen und jeden einzelnen Beamten mit einem zusätzlichen Buchstaben kennzeichnen wollte, ist nur auf den Druck der Grünen zurückzuführen. Die Grünen brauchen die Kennzeichnung der Polizisten aus ideologischen Gründen, um damit bei der kommenden Landtagswahl bei ihren Wählern punkten zu können. Sie nehmen bewusst in Kauf, dass dadurch die Beamten der Hundertschaften unter Generalverdacht gestellt werden“, sagte unmittelbar nach Bekanntwerden der Entscheidung der Einigungsstelle GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert.

„Es ist gut, dass dieser Spuk jetzt zu Ende ist!“

Die GdP erwartet, dass die rot-grüne Landesregierung die Entscheidung der Einigungsstelle akzeptiert und sie nicht über ein Gesetz doch noch kippt. „Wir haben uns mit unseren Argumenten durchgesetzt. Das müssen auch die Grünen akzeptieren“, sagte Plickert.



# Aufgaben wieder auf Tarifbeschäftigte zurückverlagern

Um den Landeshaushalt zu sanieren, sind bei der Polizei in NRW zwischen 2007 und 2013 fast 500 Stellen im Tarifbereich abgebaut worden. Die bis dahin von den Tarifbeschäftigten wahrgenommenen Aufgaben werden seitdem von Polizistinnen und Polizisten übernommen, die dadurch für ihre eigentlichen Aufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund des Terroranschlags in Paris hat die Gewerkschaft der Polizei in NRW (GdP) deshalb Mitte November auf ihrer Tarifpolitischen Konferenz in Dortmund ihre Forderung erneuert, im kommenden Jahr 150

zusätzliche Tarifbeschäftigte bei der Polizei einzustellen. „Das Kabinett hat erst in der vergangenen Woche beschlossen, 2016 wegen der Terrorgefahr und der aktuellen Flüchtlingskrise 250 zusätzliche Polizisten in NRW einzustellen. Das war eine mutige Entscheidung, denn niemand wusste zu diesem Zeitpunkt, dass es in Paris erneut zu einem brutalen Anschlag islamistischer Terroristen kommen sollte“, sagte Landesvorsitzender Arnold Plickert auf der Tarifpolitischen Konferenz. „Aber wir dürfen auch nicht übersehen, dass wir die zusätzlichen Polizisten erst drei Jahre lang ausbilden

müssen, bevor sie uns entlasten können. Tarifbeschäftigte stehen uns dagegen nach einer kurzen Einarbeitungszeit sofort als Entlastung zur Verfügung.“

Zu den Arbeitsbereichen, die problemlos auch von Tarifbeschäftigten wahrgenommen werden können, zählen zum Beispiel die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten durch die Verkehrskommissariate aber auch Sachbearbeiterfunktionen in den Kriminalkommissariaten und beim Staatsschutz.

Die Forderung, mehr Stellen im Tarifbereich der Polizei zu schaffen, findet sich bereits in den Forderungen zum Landeshaushalt 2016 wieder, den die GdP Ende Oktober vergangenen Jahres vorgelegt hatte. Die GdP-Initiative hat inzwischen bereits zu einer Kleinen Anfrage der CDU geführt.



## Spannende Diskussion über No-go-Areas auf dem Jugendforum

„No-go-Areas – Eine Herausforderung für Gesellschaft und Polizei“, so lautete der Titel des diesjährigen Jugendforums der Jungen Gruppe der GdP. Vom 20. bis 21. November trafen sich 30 junge Kolleginnen und Kollegen im Bunten Haus in Bielefeld, um über das aktuelle Thema zu diskutieren. „Das Jugendforum ist für uns als Landesjugendvorstand eine Plattform der Meinungsbildung und ich bin begeistert, dass sich so viele junge Kolleginnen und Kollegen daran beteiligt haben“, freut sich der Landesjugendvorsitzende Ernst Herget. Auch in diesem Jahr lieferten mit Rüdiger Wollgramm vom Innenministerium NRW und Denis van de Wetering vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld erstklassige Referenten den theoretischen Unterbau. In seinem



Vortrag stellte van de Wetering die Grundlagen des Phänomens kriminalitätsauffälliger Räume dar. Drei wichtige Punkte kristallisierten sich bei der Frage „Wie beugt eine Gesellschaft dem Entstehen von No-go-Areas vor?“ heraus: ein schneller Zugang zu Bildung für alle, keine unfreiwillige Konzentration von Bewohnern mit sozialen, kulturellen oder ethnischen Gemeinsamkeiten in ein und demselben Wohngebiet und ein Umdenken, weg von dem „die und wir“ hin zur „Gemeinschaft“.

Rüdiger Wollgramm, der bis zum Sommer noch Leiter der Direktion Gefahrenabwehr/Einsatz im Polizeipräsidium Duisburg war, berichtete interessante Details zur Situation in Marxloh. Direkt zu Beginn wies er darauf hin, dass die Darstellung der Probleme in den Medien teilweise falsch gewesen ist, was den Kolleginnen und Kollegen nicht immer geholfen hat. „Die Berichterstattung wird der hervorragenden Arbeit der Polizisten nicht gerecht, die täglich ihren Dienst dort versehen“, sagte Wollgramm. „Die Polizei kann Kriminalität zwar bekämpfen und Situationen stabilisieren, aber sie kann nicht das eigentliche Problem lösen. Die notwendigen Integrations- und Kommunikationsstrukturen muss die Politik selber schaffen.“

Am Ende des zweitägigen Jugendforums stand für die Teilnehmer fest: Für Polizisten gibt es keine rechtsfreien Räume. Die zu geringe Präsenz der Polizei auf der Straße und die fehlende Personalstärke in den Kommissariaten erschweren allerdings die Arbeit vor Ort. Mehr Personal für die besonders belasteten Behörden wäre dringend notwendig. Zur Bekämpfung der Ursachen müssen zudem alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und Hand in Hand arbeiten, fordert die Junge Gruppe.



## GdP Herford wirbt für fairen Umgang



Foto: Gerald Dunkel

Weil es im Kreis Herford in der jüngsten Vergangenheit zwei Polizeieinsätze gegeben hat, bei denen die eingesetzten Beamten hinterher in den Verdacht geraten sind, mit unverhältnismäßiger Härte gegen von ihnen beschuldigte Tatverdächtige vorgegangen zu sein, steht die Polizei im Kreis Herford zur Zeit unter einem massiven öffentlichen Druck. Für die GdP im Kreis Herford steht dabei fest: Hat sich ein Polizist ein massives Fehlverhalten zu Schulde kommen lassen, muss das für ihn Konsequenzen haben. Die Kreisgruppe fordert aber auch, dass erst der Sachverhalt aufgeklärt wird, damit es nicht zu einer öffentlichen Vorverurteilung kommt, gegen die sich der beschuldigte Beamte nicht mehr wehren kann. Und sie fordert, dass es wegen einzelner Vorfälle nicht zu einer Stigmatisierung der gesamten Polizei kommt.

Ende November hat die Kreisgruppe deshalb eine ungewöhnliche Aktion gestartet: Unter dem

Motto „Wir arbeiten gerne im Kreis Herford, auch wenn es nicht immer leicht ist“ wirbt sie auf mehreren Großflächenplakaten und auf etlichen kleineren im gesamten Kreisgebiet aufgehängten Plakaten um Verständnis für die oft nicht einfache Arbeit der Polizei. Zu sehen sind auf den sechs verschiedenen Plakatmotiven der Kampagne Polizistinnen und Polizisten sowie Tarifbeschäftigte aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen und Dienststellen der Polizei im Kreis Herford.

„Mit unserer Aktion wollen wir die Bürger und die Polizisten miteinander ins Gespräch bringen“, betonte der Herforder GdP-Vorsitzende Ralf Walpurgis beim Start der Kampagne. „Wir stellen uns der Kritik, wenn sich ein Polizist einmal nicht richtig verhalten sollte. Aber wir wollen auch auf die schwierigen Seiten unseres Jobs hinweisen, die den Bürgern nicht bewusst sind. Denn bei uns steht der Mensch im Vordergrund. Sowohl der Bürger, als auch wir Polizisten“, sagte Walpurgis.



## Die GdP gratuliert

### 90. Geburtstag

- 8.1. Ewald Faber, Bochum
- 9.1. Hildegard Beaujean, Aachen  
Helga Schopmann, Coesfeld
- 23.1. Lotte Franzen, Duisburg  
Gertrud Schleuter, Xanten
- 25.1. Hilde Merten, Bad Honnef
- 31.1. Martha Nietgen, Bonn

### 91. Geburtstag

- 1.1. Friedrich Kallert, Herne
- 3.1. Erich Kuckelkorn,  
Mönchengladbach
- 10.1. Hans Scheidung, Krefeld
- 12.1. Elisabeth Engelhart, Wuppertal
- 13.1. Johann Odenthal, Wangels
- 20.1. Friedhelm Kötter, Wuppertal

- 24.1. Manfred Zosel, Köln
- 25.1. Christa Wedel, Neuss
- 30.1. Friedrich Dreyer, Höxter

### 92. Geburtstag

- 14.1. Maria Trebels, Bad Honnef

### 93. Geburtstag

- 2.1. Günter Petrusch, Hürth
- 6.1. Irmgard Makovski,  
Gelsenkirchen
- 22.1. Margarete Zutz, Köln
- 27.1. Heinrich Kurth, Erftstadt

### 94. Geburtstag

- 7.1. Kurt Kaltenbach, Gelsenkirchen
- 12.1. Martha Siptroth, Iserlohn
- 13.1. Josef Nowak, Herne
- 19.1. Maria Pott, Hille
- 20.1. Fritz Wettstein, Düsseldorf
- 24.1. Leo Kowalski, Dortmund
- 25.1. Lina Helene Schneider,  
Remscheid

### 95. Geburtstag

- 1.1. Horst Fritz, Viersen
- 10.1. Erich Tarnow, Köln

- 10.1. Anneliese Wiggers, Wuppertal
- 11.1. Werner Korf, Münster
- 15.1. Gertrud Reiners, Neuss
- 16.1. Johann Rochhold, Selm
- 22.1. Marianne Matheus, Hanau

### 96. Geburtstag

- 9.1. Gertrud Voessing, Kall
- 18.1. Helene Fritsching, Unna
- 20.1. Hans Stein, Mönchengladbach
- 26.1. Gertrud Wilps, Düsseldorf

### 97. Geburtstag

- 6.1. Margarete Kühlkamp,  
Recklinghausen
- 20.1. Käthe Kortewille, Mülheim

### 100. Geburtstag

- 15.1. Kurt Riedel, Haltern

### 102. Geburtstag

- 5.1. Edeltraud Gulgowski,  
Oberhausen



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

#### Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

#### Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)  
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-nrw.de](mailto:stephan.hegger@gdp-nrw.de)

#### Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

#### Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss der Februar-Ausgabe ist der 4. Januar.

#### GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)  
E-Mail: [pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**

## Wegfall der Hinzuverdienstgrenze beim Flüchtlingseinsatz

Weil im vergangenen Jahr immer mehr Asylsuchende nach NRW gekommen sind, hat die Landesregierung gezielt Polizisten, die gerade frisch in den Ruhestand gegangen sind, dafür geworben, dass sie das Land vorübergehend bei der Registrierung, Betreuung und Versorgung der Flüchtlinge unterstützen. Viele Kolleginnen und Kollegen sind diesem Ruf der Landesregierung gefolgt. Wegen der geringen Hinzuverdienstgrenze für Pensionäre, ab der ein zusätzliches Einkommen mit dem Pensionsanspruch verrechnet wird, war ihr Engagement aber zeitlich stark eingeschränkt, oder die Kolleginnen und Kollegen haben freiwillig weitergearbeitet, ohne einen finanziellen Ausgleich dafür zu bekommen. Dabei hätte auch die Landesregierung die pensionierten Polizisten gerne deutlich mehr Stunden eingesetzt.

Im vergangenen Jahr hatte die GdP deshalb wiederholt drauf gedrängt, dass für pensionierte Polizisten und Verwaltungsbeamte der Polizei, die bei der Betreuung von Flüchtlingen mithelfen, die Hinzuverdienstgrenze angehoben wird. Dieser Initiative der GdP ist die Landesregierung jetzt gefolgt. Nach einem Ende vergangenen Jahrs vorgelegten Gesetzesentwurf soll die Aufwandsentschädigung, die Versorgungsempfänger erhalten, wenn sie bei der Betreuung von Flüchtlingen mithelfen, nicht mehr unter die Hinzuverdienstgrenze fallen. Die Ausnahmeregelung soll bis Ende 2017 gelten. Die Neuregelung gilt voraussichtlich ab dem 1. Januar.



# URLAUBSGELD

für Sie!

**Buchen Sie Ihren Traumurlaub  
in dem Reisebüro, in dem  
sich Ihre GdP-Mitgliedschaft  
für Sie auszahlt!**

**Rufen Sie uns an.  
Wir freuen uns auf Sie!**



**GdP Reiseservice**  
**0211/29101 - 44/-45/-63/-64**  
**[www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)**

[pinguin@gdp-reiseservice.de](mailto:pinguin@gdp-reiseservice.de)  
Gudastraße 9 40625 Düsseldorf

## GdP aktiv

5. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Siegburg, 17 Uhr, Bürgerhaus Stoßdorf, Ringstraße 112, 53773 Hennef

5. 1., Neujahrskaffee der Kreisgruppe Kleve, 16.30 Uhr, Hotel Litjes, Pfalzdorfer Str. 1, 47574 Goch

13. 1., Skat- und Knobeltturnier der Kreisgruppe Soest, 18 Uhr, Haus Rasche-Neugebauer, Wilhelmstraße 1, Bad Sassendorf.

14. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Heinsberg, 14.30 Uhr, Gasthaus Sodekamp-Dohmen, Breite Str. 3, 41836 Hückelhoven

15. 1., Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe BZ Linnich, 14 Uhr, BZ Linnich

18. 1., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Mettmann, 14 Uhr, Kreispolizeibehörde Mettmann, Adalbert-Bach-Platz 1, Mettmann

21. 1., Skatturnier der Kreisgruppe Olpe, 16 Uhr, Dienstgebäude Olpe, Raum 156, Kortemickestr. 2, 57462 Olpe

26. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 15 Uhr, Berghäuser Hof, Hattinger Str. 21, 58332 Schwelm

28. 1., Notruf-Party der Kreisgruppe Kleve, ab 17 Uhr, Eventgastronomie „Ter Kelling“, Klosterweg 136, Goch

28. 1., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Köln, 14 Uhr, Forum 1, Polizeipräsidium Köln

## Glücksnummern des Monats

45 30208

Jens Knappert, Gütersloh  
45 34461

Klaus Germann, Oberberg  
45 100520

Sabine Küppers, Kleve  
45 101112

Hans-Peter Königs, Neuss

**Die Gewinner erhalten eine GdP Filz Mappe Felting.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Bielefeld

12. Januar, Jahresabschlussessen, 17 Uhr, Restaurant Hollmann, Otto-Brenner-Str. 77, 33607 Bielefeld, An- und Abmeldungen bis zum 8. 1. 2016 bei Wolfgang Böhnke, Tel.: 05 21/44 03 91.

### Kreisgruppe Düren

6. Januar, 14 Uhr, Seniorentreffen, Restaurant Strepp am See, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach.

### Kreisgruppe Köln

21. Januar, 14 Uhr, außerordentliche Senioren-Mitgliederversammlung, Polizeipräsidium Köln, Forum 1, Walter-Pauli-Ring 2-4, 51103 Köln, Zusammenschluss der Kreisgruppen Köln und Regio Köln und die dazu notwendige Neuwahl des Vorstandes, separate Einladungen werden nicht versandt.

**Polizisten sind Überzeugungstäter, mit hoher Identifikation mit ihrem eigenen Beruf. Auch über das Ende des Arbeitslebens hinaus. Nicht von ungefähr gibt es deshalb in 58 der 62 Kreisgruppen der GdP einen eigenen Seniorenvorstand. Die Seniorenvorstände vor Ort kümmern sich nicht nur um die täglichen Sorgen und Nöte der früheren Polizisten und der Tarifbeschäftigten der Polizei, sondern sie organisieren auch gemeinsame Ausflüge oder laden zum geselligen Beisammensein und zu Infoabenden ein. In den meisten Kreisgruppen gibt es sogar regelmäßige Termine, an denen sich die GdP-Senioren treffen.**

**Wie die Seniorengruppen vor Ort zu erreichen sind und wann sie sich treffen, steht im Seniorenkalender 2016, der dieser Ausgabe beiliegt. Alle weiteren Seniorentermine werden in der Deutschen Polizei und auf der Homepage des Landesbezirks angekündigt.**



## NACHRUFE

Hildegard Ott	04.05.22	Bergisches Land	Lisa Fröhlich	07.06.25	Heinsberg
Elfriede Meyer	09.04.23	Bielefeld	Kurt Boy	23.08.26	Höxter
Uwe Günther	16.12.37	Bochum	Günther Zopf	22.09.25	Köln
Brunhilde Rudel	01.12.26	Bochum	Franz Joseph Horn	15.04.38	LZPD NRW
Horst Osthof	15.05.34	Bonn	Manfred Betsch	19.03.39	Minden-Lübbecke
Käthe Schmitz	01.11.25	Bottrop/Gladbeck	Herbert Lowin	30.12.20	Mönchengladbach
Bruno Skowronski	03.10.25	Bottrop/Gladbeck	Klara Hackenberg	14.09.22	Münster
Willy Lindner	23.03.37	Dortmund	Manfred Lienke	21.03.42	Neuss
Wilhelm Guenter Holz	05.01.38	Düren	Johannes Müller	13.07.24	Neuss
Hannelore Meyer	12.11.43	Essen/Mülheim	Klaus Kirsten	14.06.33	Recklinghausen
Brigitte Scherer	22.08.39	Essen/Mülheim	Lothar Stille	13.07.32	Selm
Walter Friese	28.12.30	Gelsenkirchen	Walter Volkmann	18.01.22	Siegburg
Helmut Witt	11.07.26	Gelsenkirchen	Alfred Hauck	10.11.22	Sölingen
Peter Kieper	04.03.40	Hagen	Herbert Kötterheinrich	31.05.50	Steinfurt
Ingeborg Wolff-Engler	07.06.29	Hagen	Artur Nikutta	15.11.22	Steinfurt

